

MEDIENMITTEILUNG

Strukturelle Sparmassnahmen

Der ZMLB schlägt Alarm

Der Zentralverband der Magistraten, der Lehrerschaft und der Beamten des Staates Wallis (ZMLB) verurteilt die Sparmassnahmen des «Luyet-Berichtes». Da sie unrealistisch und einseitig sind, würden sie dem öffentlichen Dienst schwer schaden.

Für die Kommission «Sparmassnahmen» existieren die dreizehn Verbände und die 7'500 Mitglieder des ZMLB nicht! Der anfangs Juni dem Grossen Rat vorgestellte «Luyet-Bericht» wurde ohne jegliche Konsultation verfasst. Deshalb erstaunt es nicht, dass gewisse Massnahmen ans Absurde grenzen. So sieht der Bericht etwa vor, die Zunahme der jährlichen Personalausgaben, inklusive Teuerung, auf höchstens 1 Prozent zu beschränken. Gleichzeitig soll aber vermieden werden, «die Gehaltsbedingungen und die Sicherung der Arbeitsplätze» in Frage zu stellen.

Es genügt, zählen zu können, um festzustellen, dass dies ein Ding der Unmöglichkeit ist. Das Lehrpersonal erhält während den ersten 14 Jahren seiner Berufstätigkeit eine jährliche Erfahrungsprämie von 2,5%. Eine Kindergärtnerin verdient im Zeitpunkt ihrer Anstellung 4294 Franken monatlich. Im weiteren Verlauf ihrer Berufstätigkeit kann sie es schliesslich auf ein Gehalt von 6226 Franken bringen. Käme die von der Kommission vorgeschlagene Beschränkung zur Anwendung, würde sie diesen Betrag nie erreichen. Im Vergleich dazu würde ihre Gehaltsprogression um 20% vermindert. Und was soll man zum Gehalt eines Strassenwärters sagen? Die Gehalts-Skala der Kantonsverwaltung sieht eine jährliche maximale Erhöhung von 3% vor. Mit der Beschränkung auf 1% würde er sein Anfangsgehalt von 4032 Franken nur in sehr kleinen Schritten erhöhen können. Käme noch dazu, dass es die Leistungsprämie (im Maximum 7%) gar nicht gäbe.

Der öffentliche Dienst hat schon gegeben!

Staatsrat Wilhelm Schnyder hat daran erinnert: Im Laufe der letzten zehn Jahre haben die öffentlichen Dienste bereits mehr als 500 Millionen Franken geopfert, namentlich durch die Streichung der Teuerung, durch Sparmassnahmen im Bereich des Lehrpersonals (85 Millionen durch die systematische Erhöhung der Klassenbestände) und durch die Anwendung einer 6-monatigen Karenzfrist, bevor frei gewordene Stellen in der Verwaltung neu besetzt wurden.

Mehr als eine halbe Milliarde. Das ist viel! Die Kommission für strukturelle Massnahmen plant, auf dem Buckel der öffentlichen Dienste zusätzliche 14 Millionen Franken einzusparen, insbesondere zu Ungunsten der jungen Mitarbeiter/innen. Das ist zuviel! Der ZMLB kann dies nicht akzeptieren, wie er auch die Art des bisherigen Vorgehens nicht akzeptiert. Der fehlende Dialog mit dem Sozialpartner der öffentlichen Dienste ist ein beunruhigendes, erstmaliges Ereignis. Die Beziehungen zwischen den Staatsangestellten mit ihrem Arbeitgeber basierten bisher auf einer Logik der Verhandlungen. Die Leitung des ZMLB sowie auch seine 7'500 Mitglieder haben vom «Luyet-Bericht» in den Medien Kenntnis genommen! Falls die Behörden ihre bisherige Logik ändern, könnte der ZMLB dies ebenfalls für seine Logik tun.

Sitten, den 14. Juni 2004